

Antrag Nr. 14-F-03-0092

Bündnis90/Die Grünen

Betreff:

Industriestandort Wiesbaden stärken
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 01.10.2014 -

Antragstext:

Die Industrie in Wiesbaden hat einen nicht unerheblichen Anteil am Steueraufkommen und damit an der Finanzierung des kommunalen Haushalts. Sie bietet zahlreichen auch weniger qualifizierten Arbeitnehmer/innen Anstellungen und ist ihrerseits auch Auftraggeberin vieler Dienstleister der Umgebung. Im Rahmen der Stadtentwicklung ist sie ein wichtiger Faktor, den es systematisch zu stützen und auszubauen gilt.

Dennoch sind auch andere Zielgrößen von vornherein zu beachten. Beispielsweise hat die Bundesregierung das Ziel ausgegeben, den jährlichen Flächenverbrauch ab dem Jahr 2020 im Vergleich zu heute mehr als zu halbieren. Die EU-Kommission strebt sogar einen Flächenverbrauch von netto-null an

Daher sind undifferenzierte Flächenausweisungen zur Ansiedlung bzw. Ausweitung nicht zielführend, vielmehr sollten konkrete Anforderungen definiert werden, die Wiesbaden modern, nachhaltig, systematisch und nach allgemeingültigen Standards ausrichten. Weiterhin gilt es stadtplanerische Konzepte zur Verträglichkeit von Industriestandorten und Wohnqualität bzw. Wohnbedarf sowie zur Verkehrsabwicklung zu entwickeln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

A.

- 1.) alle schon bestehenden und potentiell denkbaren Ansiedlungsorte für Industrie in Wiesbaden aufzulisten. Die gelisteten Standorte sind auf ihre Eignung zur Ansiedlung bestimmter Industrien nach vorher zu definierenden Kriterien zu bewerten.
- 2.) eine Betrachtung der zur Verfügung stehenden Flächen vorzulegen, die eine Bewertung im räumlichen Zusammenhang und im Hinblick auf örtliche Vorbelastungen beinhaltet und mögliche Auswirkungen auf Natur, Landschaft und Klimaökologie darstellt.

B.

- 1.) Konzepte zu entwickeln, die bei der Standortentwicklung bzw. Standortverschiebung an geeigneten Standorten Industrien zulassen und die nach vorher festzulegenden Kriterien eine zukunftssichere Ausrichtung ermöglichen.
- 2.) Mindestkriterien sind beispielsweise:
 - moderne Herstellungsstandards, auch in Bezug auf Emissionen
 - gewünschte Qualifizierungsquote der Arbeitnehmer/innen
 - Kooperationen mit vor Ort ansässigen Forschungseinrichtungen
 - Personalintensivität
 - hohe Umwegrentabilität durch Fremdvergaben vor Ort

Die Kriterien werden jedoch endgültig in einer Arbeitsgruppe zusammengetragen und abgestimmt. Dabei wird der Kreis auch auf Verbände, bzw. Personenkreise ausgeweitet, die mit Ihrem Know How potentielle Herausforderungen im Vorfeld mit ausräumen helfen, wie Umweltverbände, Stadtplanungsexpert/innen und Vertreter/innen der örtlichen Politik.

Wiesbaden, 02.10.2014